

Aufnahmebogen für Ehe- und Familienrechtssachen

Mandant: Ehefrau Ehemann Ehevertrag
 Antragsteller: Ehefrau Ehemann Gegenstandswert: €

Personendaten	Ehefrau	Ehemann
Name u. Vorname(n)		
Geburtsname		
Geburtstag u. Geburtsort		
Staatsangehörigkeit, Religion		
Anschrift		
Telefon		
Arbeitgeber/Beruf		
mtl. Nettoeinkommen mit Steuerklasse		
Güterstand		
Kinder, die aus einer anderen Verbindung hervorgegangen sind		

	Name	Alter	geb. am	Aufenthalt
Gemeinschaftliche minderjährige Kinder (einschl. Adoptivkinder)	1.			
	2.			
	3.			
	4.			

Tag der Eheschließung: _____ Standesamt HR-Nr.: _____ Ehezeitende gem. § 1587 II BGB: _____
 Stichtag gem. § 1384 BGB: _____

Trennungszeitpunkt:
 Tatsachen und Beweismittel:

Letzter gemeinsamer Aufenthalt: in Ehwohnung (Ort) ja nein
 getrennte Wohnung (Ort) ja nein

Aufenthalt des Ehegatten mit Kindern:
 Letzter ehelicher Verkehr: ja nein
 Zustimmung des anderen Ehegatten zur Ehescheidung: ja nein
 Sind andere Familiensachen anhängig: ja nein
 Gericht: _____ Az.: _____

Zuständigkeit des Familiengerichts: _____
 Änderung der Erbeinsetzung (§ 1933 BGB): Änderung der Bezugsberechtigung bei Lebensversicherungen _____
 Hilfsantrag auf schuldrechtlichen Versorgungsausgleich: ja nein
 Trennungsanzeige beim Finanzamt: ja nein
 Realsplitting bei Unterhaltszahlungen: ja nein
 Inanspruchnahme von Sozialhilfe (§§ 90/91 BSHG): ja nein
 Krankenversicherung: Aussteuerung bei Scheidung: (Antrag gem. § 9 II SGB V) ja nein

- Vollmacht
- Honorarvereinbarung
- Prozesskostenhilfeunterlagen (Glaubhaftmachung)
- Prozesskostenvorschuss (ggf. Einstweilige Anordnung)
- Einstweilige Anordn. für: SO, UG, HK, UK, UE u. WH (Glaubhaftmachung)
- Keine Scheidung, sondern negative Feststellungsklage (§ 1353 II BGB)
- anderweitige Kostenverteilung
- Antrag auf Vorabentscheidung in der Ehesache
- Heiratsurkunde
- Rentenkostenklärungsantrag
- Formulare zum Versorgungsausgleich
- Keine Scheidung, sondern Eheaufhebungsklage

Einverständliche Scheidung

gem. §§ 622, 630 I Nr. 2 Mitteilung, dass Anträge zu Sorgerecht und Umgangsrecht nicht gestellt werden oder Einigung über

Sorgerecht: Mutter/Vater (ganz, teilweise)

Umgangsrecht:

Kindesunterhalt:

Ehegattenunterhalt:

Ehewohnung: Frau/Mann

Hausratsteilung:

gesetzlich nicht notwendige Regelungen:

Versorgungsausgleich

Güterrecht

Kosten

Gründe:

1-jährige Trennung

plus Zustimmung des anderen Ehegatten

Streitige Scheidung

I. Trennung 1 bis 3 Jahre

Tatsächliche Angaben für Zerrüttung, § 1565 I BGB:

Tatsächliche Angaben für die Negativprognose, dass die ehel. Lebensgemeinschaft nicht wieder hergestellt wird:

II. Vor Ablauf des Trennungsjahres, § 1565 II BGB

Tatsächliche Angaben für Unzumutbarkeit der Fortsetzung der Ehe selbst dem Bande nach (**zusätzlich** zu den Voraussetzungen oben I.):

III. Trennung ab 3 Jahre: kein weiterer Sachvortrag nötig, da das Scheitern gem. §§ 1565 I, 1566 II BGB vermutet wird.

Folgesachen

1. Rechtsverhältnisse bezügl. der/des Kinder/s:

Sorgerecht: Vater/Mutter (Sorgerecht im ganzen oder Teil der elterl. Sorge)

Umgangsrecht: großzügig/festgelegt/Ausschluss

Isoliertes Sorgerechts/Umgangsrechts-Verfahren nach § 1671 BGB in Verbindung mit dem FGG nötig?

2. Ehegattenunterhalt nach der Scheidung:

a) mtl. Einkommen (Verpflichteter): netto € , brutto €

Weihnachtsgeld: € ; Urlaubsgeld: €

zusätzliches Einkommen, z. B.:

Auslösung: € ; Spesen: € ; Fahrtkosten: €

Krankengeld: € ; Steuererstattung: € ; Steuerklasse:

Verdienstbescheinigung letzte 12 Monate bei Nichtselbständigen und letzte Einkommensteuererklärung und -bescheid anfordern. Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanzen oder Steuerbescheide und -erklärungen letzte 3 Jahre bei Selbständigen anfordern.

Kapitaleinkünfte: € ; Arbeitslosengeld: wöch. € ; Wohngeld: €

Nutzungswert eig. Haus/Wohnung (Mietwert ./.. Zinsen, Tilgung, Steuern, Versicherungen): €

Einnahmeüberschussrechnung und Einkommen aus Vermietung, Verpachtung

Anmerkung: Alle Einkünfte sind zu addieren und auf den Monatsdurchschnitt netto umzurechnen. Anschließend Abzug berufsbedingter Aufwendungen sowie, falls keine Sozialversicherung, Alters- und Krankenversicherungsbeiträge. Der verbleibende Betrag ist maßgebend für die Höhe des Kindesunterhalts nach der Düsseldorfer Tabelle, evtl. Herab- oder Heraufstufung, wenn nicht für Ehegatten plus 2 Kinder zu sorgen ist.

Sofern keine Alterssicherung pp. durch ges. Sozialversicherung:

Aufwendungen für Altersvorsorge: €

Krankenvorsorgeaufwendungen: €

Beiträge zur Leb.-Versicherung: €

Tilgungen für Darlehen, aufgenommen wann und wozu:

Höhe: € ; mtl. Rate: €

wofür:

Merke: Angemessene Darlehnsraten aus der Zeit vor der Trennung sind im allgemeinen vor der Unterhaltsberechnung abzusetzen!

b) mtl. Einkommen (Berechtigter): netto € ; brutto € ; Steuerklasse:
 Sonderzuwendungen (Art, Höhe):
 berufstätig seit (wegen unten h):
 Einkommen anrechenbar: ja nein teilweise
 Krankenversicherung: Aussteuerung bei Scheidung: ja/nein Kindergeld: €
 Nicht berufstätig: erlernter Beruf: ausgeübt bis:
 Arbeitslosengeld: € Wohngeld: € Höhe: €
 Sozialhilfe: ja/nein; seit: Höhe: €
 Schulden: Höhe € ; Grund: ; mtl. Rate: €

c) Grund des Unterhaltsanspruchs:
 Kinderbetreuung § 1570 BGB Altersunterhalt § 1571 BGB
 Aufstockungsunterhalt § 1573 II BGB Krankheit § 1572 BGB
 keine angemessene Erwerbstätigkeit zu finden §§ 1573 I, 1574 II BGB
 Ausbildungsunterhalt § 1575 BGB Billigkeitsunterhalt § 1576 BGB (evtl. bei Kindern früherer Ehen)

d) Nichtbestehen eines Unterhaltsanspruchs:
 keine Leistungsfähigkeit des Verpfl. (Grenze: gegenüber Ehegatten, der minderjähriges Kind betreut: notwendiger Eigenbedarf; sonstiger Ehegatte: billiger Eigenbedarf des § 1581 BGB)
 fehlende Bedürftigkeit des Berechtigten wegen Eigeneinkommens in Höhe des früheren ehel. Einkommensanteils plus etwaigem trennungsbedingtem Mehrbedarfs

e) Ausschluss, Herabsetzung oder zeitl. Begrenzung des Unterhalts wegen grober Unbilligkeit nach § 1579 I-VII BGB:
 kurze Ehedauer (max. 2-3 Jahre bis Rechtshängigkeit des Scheidungsantrags – **Achtung:** evtl. sofort Scheidung beantragen)
 schweres Vergehen gegen Verpfl. (z. B. schwere Körperverletzung, Betrug)
 mutwillige Herbeiführung der Bedürftigkeit (= leichtfertiges, unterhaltsbezogenes Verhalten)
 mutwilliges Hinwegsetzen über schwerwiegende Vermögensinteressen des Verpfl. (evtl. Verschweigen von Einkommen, Arbeitsplatzverlust wegen Anschwärzen)
 längere Vernachlässigung der eigenen Unterhaltungspflicht
 schwerwiegendes einseitiges Fehlverhalten gegen Verpfl., das allein die Ehe zerstört hat (z. B. intimes Verhältnis)
 sonstige ebenso schwerwiegende Gründe (z. B. sozio-ökonom. Gemeinschaft mit neuem Partner)
 sämtliche obigen Punkte unter Beachtung vorrangigen Kindesinteresses (d. h. evtl. nur Kürzung auf Mindestunterhalt)

f) Zeitliche Begrenzung und Herabsetzung des Unterhalts von Basis der ehel. Lebensverh. auf angem. Lebensbedarf nach § 1578 I, 2 BGB aus Billigkeitsgründen
 beachtlich u. a.: kurze Ehedauer keine Kinder keine beruflichen Nachteile durch Ehe
 hohes Einkommensgefälle

g) Zeitliche Begrenzung des Unterhalts bei (Teil-) Arbeitslosigkeit und Aufstockungsunterhalt nach § 1573 V BGB aus Billigkeitsgründen
 von Bedeutung insoweit die Punkte unter f)

h) Höhe des Unterhalts regelt sich nach:
 Differenzmethode (grds. bei Doppelverdiener-Ehe)
 Anrechnungsmethode (wenn Ehegatten während Ehe nicht beide Einkommen hatten)

i) zusätzlich zum Elementarunterhalt bei ausreichender Leistungsfähigkeit fordern:
 Kosten einer Krankenversicherung § 1578 II BGB Altersvorsorge § 1578 III BGB

3. Kindesunterhalt:

a) Name	Höhe: €	c) Name	Höhe: €
b) Name	Höhe: €	d) Name	Höhe: €

Achtung: Ab Trennung bis Scheidung notwendige Prozessstandschaft des ges. Vertreters; Kindergeld zu gleichen Teilen vom Tabellenunterhalt absetzen!

4. Ehewohnung und Hausrat: evtl. besonderes Blatt

5. Einstweilige Anordnungen nach § 620 ZPO beantragen für:

Sorgerecht Umgangsrecht Kindesunterhalt Ehegattenunterhalt Hausrat/Wohnung

6. Verfahren auf Regelung des Unterhalts für Ehegatten – und Kind(er) – während der Trennung außerhalb des Verbundes

nötig

7. Auskunftsanträge auf:

- Einkommen §§ 1605, 1580 BGB Versorgungsausgleich § 1587 e BGB
 Höhe des Endvermögens per Stichtag Eheende (s. o.) § 1379 BGB

8. Eheliches Güterrecht:

- Gütertrennung: ja/nein Gütergemeinschaft: ja/nein
 Zugewinnausgleich:

a) Endvermögen (Bestand bei Rechtshängigkeit des Scheidungsantrags):

	Mann:	Frau:
<input type="checkbox"/> Grundbesitz:	€	€
<input type="checkbox"/> Lebensvers. Zeitwert:	€	€
<input type="checkbox"/> Bausparverträge:	€	€
<input type="checkbox"/> Girokonto:	€	€
<input type="checkbox"/> Sparbücher:	€	€
<input type="checkbox"/> sonstiges Bankvermögen:	€	€
<input type="checkbox"/> berufl. gen. PKW:	€	€
<input type="checkbox"/> Gewerbebetrieb:	€	€
<input type="checkbox"/> Verbindlichkeiten:	€	€
insgesamt also:	€	€

- b) Anfangsvermögen bei Eheschließung: **Mann: €** **Frau: €**
Wertbereinigung des Anfangsvermögens nach Abzug evtl. Schulden desselben (Formel: Wert Anfangsverm. x Index bei Eheende : Index Eheschließung bzw. Zuwendungszeitpunkt bei Schenkungen i. S. § 1374 II BGB)
Wert des Anfangsvermögens also: €
Zugewinn (Endverm. ./ Anfangsverm.): **Mann: €** **Frau: €**
 Also Zugewinnausgleichanspruch: **Mann/Frau: €**

- c) Stundungsantrag nach § 1382 BGB bei unstreitiger Forderung wegen Erfüllung zur Unzeit
 evtl. Antrag auf einstweilige Einstellung einer Teilungsversteigerung nach § 180 ZVG

9. Versorgungsausgleich:

- Versorgungsausgleich (VA) ist vertraglich ausgeschlossen (Jahresfrist § 1408 II, 2 BGB prüfen)
 falls kein Ausschluss; weiterprüfen: Ehezeit von _____ bis _____

1. Versorgungsbilanz (ggf. ausfüllen nach Vorliegen der Auskünfte)

Beachte: Maßgeblicher Zeitpunkt für Unverfallbarkeit ist letzte mündliche Verhandlung

- a) ges. Rentenversicherung: **Mann: €** **Frau: €**
 b) Beamtenversorgung: **Mann: €** **Frau: €**
 c) Zusatzversorgung öffentlicher Dienst (z. B. VBL), Betriebsrenten, soweit unverfallbar
dynamisch **Mann: €** **Frau: €**
statisch (d. h. noch zu dynamisieren) **Mann: €** **Frau: €**
 Realteilung möglich? ja/nein (evtl. Anfrage)
 Antrag auf Vorbehalt schuldrechtl. VA stellen, wenn beim Gegner noch verfallbare Anwartschaften nach 1 c) bestehen
 Mindestwartezeit von 60 Monaten erfüllt? **Mann: ja/nein** **Frau: ja/nein**

2. Kontrolle des Versorgungsausgleichs

Summe der dynamisierten Anwartschaften: **Mann: €** **Frau: €**
Differenz zugunsten (Ausgleichberechtigter) **Mann/Frau**
Hälfte der Differenz (= Ausgleichsanspruch) zugunsten **Mann/Frau: €**

3. Folgerungen

- a) VA vertraglich ausschließen
 b) Antrag auf Ausschluss bzw. Herabsetzung des VA nach § 1587 c BGB
 wegen grober Unbilligkeit (z. B. Berechtigte ist gesichert, Verpfl. braucht seine Anwartschaften dringend)
 Berechtigter hat Anfall von Anwartschaften vereitelt
 Berechtigter hat während Ehe Unterhaltspflicht gröblich verletzt
 c) Antrag auf Ausschluss des VA nach § 1587 b IV BGB bei Bagatellausgleichsansprüchen
 d) Antrag auf Abfindung des Ausgleichsanspruchs nach § 1587 I BGB
 e) Antrag auf anderweitige Regelung des VA nach §§ 1587 b IV, V BGB
 f) anderweitige vertragliche Regelung des VA vornehmen § 1587 o BGB
 g) Hilfsantrag auf schuldrechtliche VA stellen

Merke: 3 a, d bis g kommen in Betracht z. B. bei Unwirtschaftlichkeit des VA, etwa weil Wartezeit von 60 Monaten nie zu erfüllen, oder Berecht. hat nur Beamtenversorgung; bei Überschreiten des Höchstbetrags; wenn anderw. Absicherung günstiger zu erreichen ist.

- h) bei unverfallbaren Betriebsrenten zu beachten, evtl. Anregung bei Gericht
 Maximalregelung § 3 b I Ziff. 1 VAHRG – Grenze für Ausgleich durch sog. Supersplitting (= Ausgl. v. Betriebsrenten zu Lasten bestehender Anw. in ges. Rentenvers.)
 Antrag auf Ausgleich durch Einzahlung in ges. Rentenversicherung § 3 b I Ziff. 2 VAHRG